

Sitzung Gemeinderat Windhagen am 17.11.2022

- Im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurden vom Ortsbürgermeister Martin Buchholz Informationen zu noch offenen Fragen nachgetragen:
 - Folgende Aktivitäten der Ortsgemeinde zum Klimaschutz:
Energiegewinnungsanlage beim Bau der Dreifeldhalle, Photovoltaik-Anlagen auf dem Bürgerhaus und der Grundschule, in Arbeit ist die Umrüstung der Flutlichtanlage und der Straßenbeleuchtung auf LED.
 - Bisherige Kosten für die Umgestaltung der Kreuzung Hauptstr./ Reinhardt-Wirtgen-Str. / Hallerbacher Str.:
Abriss des Hauses Walgenbach 45.000 Euro; bisherige Planungskosten ca. 47.000 Euro.

Auf die aktuelle Frage nach einem „Wärmeboden“ in Windhagen für den Fall eines längeren Energieausfalls wurde erklärt, dass die Gemeinde auf einen solchen Fall vorbereitet ist.

- Alfons Ewens, bisher Mitglied der CDU/FDP-Fraktion hat sein Mandat im Ortsgemeinderat niedergelegt.
Als sein Nachfolger wurde Johannes Droste einstimmig gewählt.
- Für den Rechnungsprüfungsausschuss, den Haupt- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Jugend, Umwelt, Kultur und Soziales in denen Alfons Ewens ebenfalls tätig war, wurde Johannes Droste einstimmig gewählt.
- Als Ersatz für den Bauausschuss wurde von der CDU/FDP-Fraktion Michael Möhlenhof vorgeschlagen. Dieser Kandidat wurde von den Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Gemeinsam-Bürger für Windhagen (G-BfW) nicht mitgetragen. Von der CDU/FDP-Fraktion wurde kein Alternativkandidat vorgeschlagen, so dass diese Position im Bauausschuss vorerst unbesetzt bleibt.
- Die Fraktion Gemeinsam-Bürger für Windhagen (G-BfW) wollte die Stellvertretung im Haupt- und Finanzausschuss neu regeln.
Als 1. Stellvertreter für Frau Nicole Paul soll Herr Christian Sögtrop benannt werden, der 2. Stellvertreter soll Herr Adolf Michael Krahe werden.
Beiden Änderungen wurden einstimmig beschlossen.
- Bereits in der letzten Ratssitzung wurde mitgeteilt, dass im Rahmen der übergeordneten gemeinsamen Energiebeschaffung für zwei Lieferstellen (Wärmestrom Bauhof Windhagen und Wärmepumpenstrom 3-Feld-Sporthalle Windhagen) keine Angebote der Versorger vorliegen.
Daher hat die Verwaltung nun die Möglichkeit direkt Kontakt mit den Lieferanten aufzunehmen und Angebote anzufordern.
Es wurde einstimmig beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, von drei Energieversorgern Angebote einzuholen. Der Bürgermeister wurde ermächtigt dem wirtschaftlichsten Angebot den Zuschlag zu erteilen.

- In der letzten Ratssitzung wurde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verlängerung der kommunalen Förderung von Photovoltaik-Anlagen beantragt (und auch beschlossen), da die bereitgestellten Fördermittel bereits ausgeschöpft seien. Dafür wurde die Förderrichtlinie überarbeitet. Die Haushaltsmittel sollen aufgestockt werden und der Beginn der nächsten Förderperiode soll auf den 05.12.2022 festgelegt werden. Dies wurde einstimmig beschlossen.
- In der Sitzung am 20.10.2022 wurde beschlossen zwei E-Ladesäulen im Bereich Forum/Bürgerhaus zu errichten. Über den genauen Standort gab es Diskussionen. Nach Klärung verschiedener Rahmenbedingungen wurde nun einstimmig beschlossen, die Ladesäulen auf dem Forum-Parkplatz direkt gegenüber dem Haupteingang zu installieren.
- Das Ministerium des Innern und für Sport hat ein neues Pilot- Sportförderprogramm „Land in Bewegung“ aufgelegt. Maßnahmen wie zum Beispiel: Fitness-, Kletter- und Motorikparcours, Calisthenics-Parks und Bolz-, Basketball- oder Volleyballplätze können mit einer Landeszuwendung in Höhe von bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert werden. Dies wurde von der Ortsgemeinde Windhagen aufgegriffen, um auf einem Gelände in der Nähe des Sportplatzes fünf Outdoor Sportgeräte aufzustellen. Dies führte zu einer längeren intensiven Debatte über die Sinnhaftigkeit der Maßnahme. Es bestand Einigkeit über alle Fraktionen hinweg, dass die Gemeinde an dem Förderprogramm teilnehmen soll. Es wurde einstimmig beschlossen, dass das Thema an den Ausschuss für Jugend, Umwelt, Kultur und Soziales abgegeben werden soll, zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes, unter Beteiligung von Herrn Bahne (Bündnis 90/Die Grünen) und Vertretern der Verbandsgemeindeverwaltung.
- Durch Änderungen im Umsatzsteuergesetz ist zukünftig auch die öffentliche Hand wesentlich umfangreicher als bisher umsatzsteuerpflichtig. Diese Tatsache wurde vom Rat zur Kenntnis genommen. Allerdings wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, von der Verwaltung einen Positivkatalog erstellen zu lassen, in dem alle steuerpflichtigen Geschäftsvorfälle aufgelistet werden. Dies soll vor allem dazu dienen, die Gemeindeleitung vor persönlichen Haftungsfällen zu bewahren.
- Die Verlängerung einer Zurückstellung eines Bauvorhabens bis zum Vorliegen der entsprechenden Bauleitplanung für den Freizeitplatz in Hallerbach wurde einstimmig beschlossen.
- Nach einer Ortsbegehung der Brunnenanlagen „Taubenbrunnen“ und „Postbrunnen“ wurden Vorschläge aufgenommen, zur Neugestaltung und technischen Sanierung der Anlagen. Letztendlich standen folgende Punkte zur Abstimmung:

 1. Ein Vergabeverfahren zur technischen Sanierung beider Brunnenanlagen soll durchgeführt werden.
 2. Ein Planungsbüro soll für die Erneuerung/Umbau des Taubenbrunnenplatzes beauftragt werden.
 3. Die Stützmauer hinter dem Taubenbrunnen soll komplett erneuert werden.
 4. Mit dem Betreiber der Gaststätte „Zur Post“ soll eine Nutzungsvereinbarung für den „Postbrunnen“ abgeschlossen werden.

Diese Maßnahmen wurden mit 13 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen. Die Gesamtsumme der Maßnahmen beträgt ca. 180.000 Euro.

- Die Erstellung einer Brücke über den Schweifelder Bach stand zur Debatte. Die Mehrheit befürwortete eine Holzbrücke aus witterungsbeständigem Holz. Dieses Vorgehen wurde mit 15 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen.

- Zum Thema „Freibergkreisel“ wurde von der Gemeindeleitung vorgeschlagen, ein Stimmungsbild der Bevölkerung Windhagens zum Bau desselben abzufragen. Vorher soll eine Informationsveranstaltung zum Thema durchgeführt werden. Die Befragung richtet sich an alle Personen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, sowie an alle Gewerbetreibenden.
Einstimmiger positiver Beschluss.

- Eine redaktionelle Änderung der Satzung des Seniorenbeirates wurde einstimmig beschlossen, zur Anpassung an die Mustersatzung des Landes Rheinland-Pfalz. Der Titel der Satzung „Satzung für den Senioren- und Behindertenbeirat“ wurde geändert in:
„Satzung der Gemeinde Windhagen über die Bildung eines Beirats für Senioren und Menschen mit Behinderung“

- Die Fraktion Gemeinsam-Bürger für Windhagen (G-BfW) stellte den Antrag, für das Projekt „Wenten 2040“ einen Text als Leitbild zu erstellen und zu veröffentlichen.
Ein bereits vorhandener Text aus der Arbeitsgruppe des Handlungsfeldes 1 soll als Grundlage dienen, da er alle Punkte der vier Handlungsfelder¹⁾ abdeckt.
Der vorhandene Text ist aktuell etwas kompliziert formuliert.
Es wurde einstimmig beschlossen, den Text an alle vier Handlungsfelder weiter zu geben, mit dem Auftrag eine etwas leichter lesbare Formulierung zu erarbeiten.

¹⁾ Anmerkung des Verfassers:

im Rahmen des Projektes Wenten 2040 gibt es folgende vier Handlungsfelder (HF):
HF1: Siedlungsentwicklung; HF2: Infrastruktur; HF3: Wirtschaftsstruktur und Standortsicherung; HF4: Soziales und kulturelles Zusammenleben

- Die Fraktion der SPD brachte den Antrag ein, die Altglas- und die Altkleider-Container im Ortskern von Windhagen an einen anderen Standort zu verlegen, da die derzeitige Fläche einer sinnvolleren Verwendung zugeführt werden könne. Die Gemeindeleitung wurde gebeten, einen anderen geeigneteren Standort zu finden.
Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

■ Mitteilungen

- Laut Beschluss des Elternbeirates erhält die neue Kita den Namen „Kita Wiesenwichtel“
- Die Kita erhält vom Kreis eine weitere Förderung von 360.000 Euro
- Der Bürgermeister der Gesamtgemeinde Asbach Michel Christ hat dem Ortsbürgermeister der Gemeinde Windhagen Martin Buchholz einen Brief zugesendet, in dem Aussagen zu dem von der Fraktion „G-BfW“ eingebrachten und beschlossenen Antrag eines Radwegenetzes enthalten sind.
So ist die Gemeindeverwaltung selbstverständlich gewillt, alle Beschlüsse des Ortsgemeinderates umzusetzen, sieht sich aber bei diesem speziellen Fall

nicht in der Lage, dies selbst zu leisten (fehlende technische Ausstattung und Arbeitskapazitäten), so dass dies nur von einem externen Planungsbüro zu leisten ist, welches beauftragt werden muss.